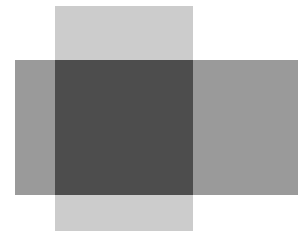


**Sperrfrist:
5. August 2003**



economiesuisse

Medienmitteilung

Neue praxisbezogene Analyse: Mehrwertsteuer-Erhöhdungen sind nicht gratis!

Kostenschub für Konsumenten, Wohnen, Unternehmen, Kantone, Gemeinden und den Bund selbst

Unkompensierte Erhöhungen der Mehrwertsteuer (MWST) würden die Schweizer Wirtschaft, die Konsumenten, das Wohnen, Kantone und Gemeinden sowie den Bund selbst belasten (siehe beiliegende Grafik), ohne unbedingt die gewünschten Mehreinnahmen zu erzielen. Zu diesem Ergebnis kommt eine praxisbezogene Analyse des anerkannten MWST-Beratungsunternehmens SwissVAT AG, die im Auftrag von economiessuisse gemacht wurde.

Eine Erhöhung der MWST, wie sie zurzeit im Rahmen der Sanierung der Sozialwerke diskutiert wird, hätte für alle Beteiligten grosse Nachteile. Angesichts des massiven Finanzierungsbedarfs für die Sozialwerke bis ins Jahr 2025 droht nicht nur die geplante MWST-Erhöhdung von 1,8 Prozentpunkten, sondern allenfalls sogar bis zu deren Verdoppelung von heute 7,6% auf rund 15%. Davon wären insbesondere Unternehmen – darunter viele KMU – und Konsumenten betroffen, aber auch der Wirtschaftsstandort Schweiz insgesamt verlöre einen seiner gewichtigen Standortvorteile. Mit weiteren Erhöhungen der MWST würde die Schweiz somit einen entscheidenden Steuertrumpf preisgeben, wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Kompensation bei anderen Steuern vorgenommen wird.

Andererseits dürften weitere Erhöhungen des MWST-Satzes wegen Verhaltensänderungen von Konsumenten und Unternehmen nicht zu den erhofften staatlichen Mehreinnahmen führen. Insbesondere für KMU stellt die MWST bereits heute eine grosse administrative Belastung dar. Zudem würden MWST-Erhöhdungen eine weitere unerwünschte Mittel-Umverteilung von Gemeinden und Kantonen an den Bund bewirken, was zwangsläufig unnötige Sparübungen bzw. Steuererhöhungen bei Kantonen und Gemeinden nach sich ziehen würde. Analog würde die Zweckbindung der MWST zur Finanzierung der Sozialwerke den Spardruck auf die übrigen Aufgabenbereiche des Bundes massiv erhöhen.

Ferner würden Unternehmen, welche die MWST nicht als Vorsteuer geltend machen können (insbesondere Banken und Versicherungen), durch einen entsprechenden Kostenschub zusätzlich belastet. Ebenso wäre eine Verteuerung des Wohnens zu erwarten und Institutionen wie Schulen, Spitäler, Altersheime, Kultur- und Sportveranstalter, welche die MWST ebenfalls nicht als Vorsteuer geltend machen können, würden massiv benachteiligt.

Bekanntlich ist die Schweizer Bevölkerung MWST-Erhöhungen gegenüber generell kritisch eingestellt. Die deutliche Ablehnung der Gesundheitsinitiative ist ein klarer Fingerzeig. Da jede Erhöhung der MWST die Zustimmung von Volk und Ständen braucht, dürfen deren volkswirtschaftlich negative Folgen nicht ausser Acht gelassen werden.

Rückfragen:

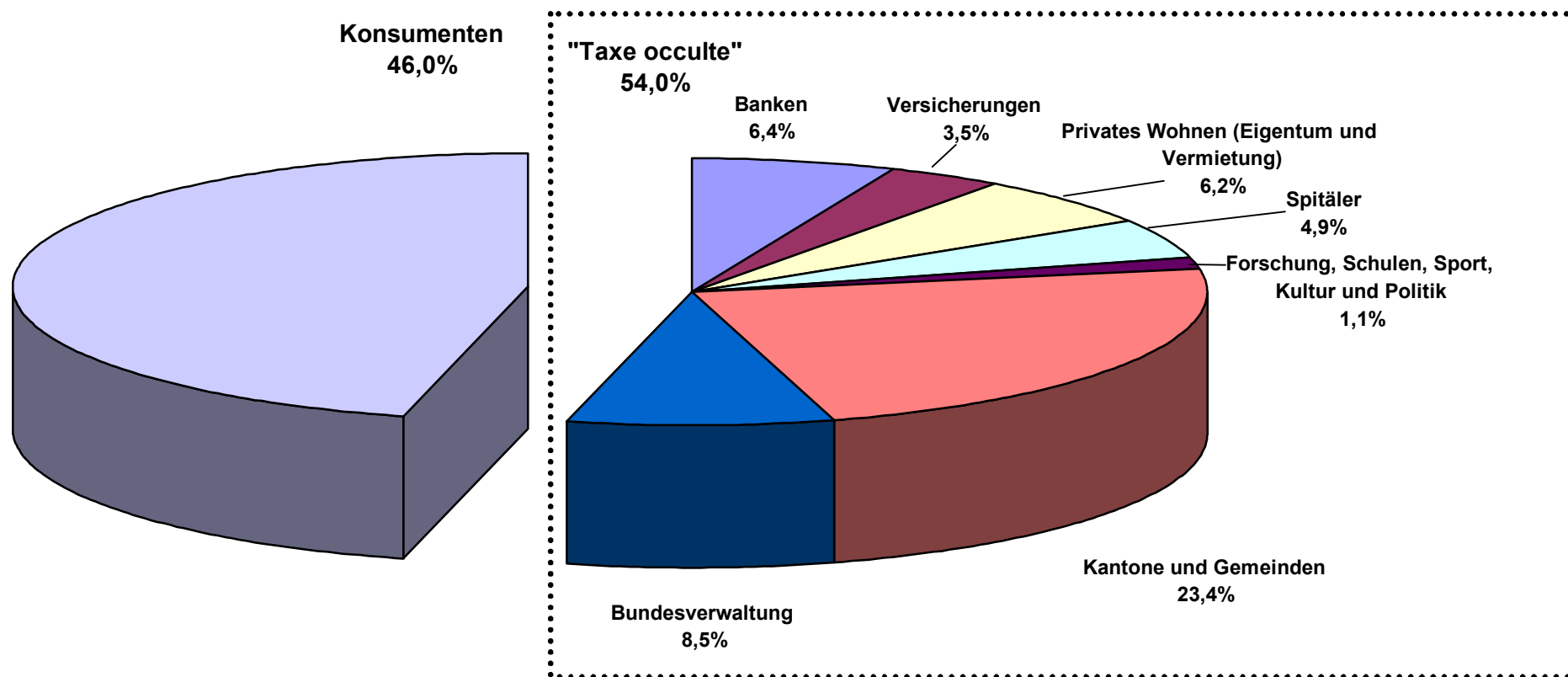
Pascal Gentinetta, economiesuisse, Tel. 01/421 35 35

Fredy Müller, economiesuisse, Tel. 01/421 35 35

Beilage: Grafik

Wer trägt die finanzielle Belastung von MWST-Erhöhungen?

Finanzierungsbedarf für die Sozialwerke bis 2025 gemäss EDI = 7.6 MWST-Äquivalentprozenten



Quelle: Analyse SwissVAT AG, 2003